

# Merseburger Correspondent.

Erscheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 Uhr.  
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
20 Pfg. durch den Herunterträger. — 1 Mark  
25 Pfg. durch die Post.

N. 199.

Sonnabend den 3. Dezember.

1881.

Für den Monat Dezember werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 42 resp. 40 Pf. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweifelsprechendste Verbreitung.

## Politische Uebersicht.

Da Fürst Bismarck eingesehen, daß er außer den Konservativen keine Verteidiger seiner jetzigen Politik findet, und daß diese zu wirksamer Verteidigung unfähig sind, so sieht er sich genöthigt, Tag für Tag persönlich im Reichstag in den Kampf zu treten. Viel Neues ist dabei bisher nicht herausgekommen; der Inhalt der Reden war meist schon aus den Nachschicksen bekannt. Am Mittwoch hat der Reichskanzler den Liberalen den Krieg noch deutlicher als jemals vorher erklärt und seinen Entschluß kundgegeben, lieber als mit ihnen mit dem Centrum gehen zu wollen; denn dieses sei nur un bequem, der „Fortschritt“ aber gefährlich. Wenn Fürst Bismarck von Fortschritt spricht, so meint er damit immer sämmtliche Liberalen. Die reactionäre Gefahr ist damit noch drohender geworden, und sämmtliche Liberalen haben noch mehr als bisher die Pflicht, zur gemeinsamen Vertheidigung zusammenzukommen.

Das Erste, was Fürst Bismarck offen will, ist eine der größten Errungenschaften der Gesetzgebung der siebenziger Jahre: das Civilstandsgesetz. Er erklärt jetzt, daß er durch seine Kollegen im Ministerium, die ihm mit ihrem Rücktritt gedroht hätten, zu der Zustimmung zu jenem Gesetze gezwungen worden sei. Seine damaligen Kollegen im Ministerium wissen sich, wie wir hören, einer solchen Drohung nicht zu entziehen. Am 17. Dezember 1873 hat sich Fürst Bismarck im Abgeordnetenhaus wesentlich anders ausgesprochen, als jetzt. Er sagte damals, „daß der Staat ein Bedürfnis der Nothwehr an diesem Gesetze hat“, daß „der Staat durch die Nothwendigkeit dazu gezwungen ist, dieses Gesetz zu erlassen“, daß er (Fürst Bismarck) daher, wenn auch nicht gern, in Gemeinschaft mit seinen Kollegen bei dem Könige den Antrag auf Vollziehung dieser Vorlage gestellt habe und auch entlossen sei, „dafür einzutreten.“ Die Zeiten ändern sich, und noch mehr die Ansichten des Fürsten Bismarck.

Die Betrachtungen, welche die österreichischen Blätter an die rumänische Thronrede knüpfen, tragen einen bitteren, stellenweise leidenschaftlich erregten Charakter. Mit Inbignation fragt man, ob sich das kleine Rumänien die nämliche Sprache, die es gegen das große Oesterreich führt, etwa Rußland gegenüber erlauben würde. Größeres Gewicht als auf die nicht sehr gewählte Form wird selbstverständlich auf den materiellen Inhalt der Thronrede, oder richtiger die Donaufrage behandelnden Stellen gelegt. In der Erklärung, die volle Freiheit der Donau sei eine wesentliche Bedingung der Unabhängigkeit Rumäniens, in der Zurückweisung jedes überwiegenden Einflusses und jeder präponderirenden Action wird nichts weniger als eine vollständige Abgabe an die Adresse der österreichischen Regierung erblickt. Was unter so bewandten Umständen zu thun sei, darüber sind die Blätter vorerst nicht

einig; abwarten, meinen die Einen, was nach der voraussichtlichen Resultatlosigkeit der bevorstehenden Verhandlungen der Donau-Commission Rumänien habe, während die Anderen die Nothwendigkeit eines kräftigeren Vorgehens andeuten. In welcher Weise dasselbe aber, bei dem unangreifbaren Rechtsstandpunkt Rumäniens, bewirkt werden soll, weiß Niemand anzugeben. Nach alle Dem scheint die Befürchtung, daß die Frage der Donau-Uebergangung wie so manche andere Frage des Orients in einen Zustand der „Verjüngung“ gerathen werde, nur zu begründet.

Die französischen Kammern sollen nach der Genehmigung des Nachtragsbudgets für die tunesische Expedition verlagert werden. Während der Kammerferien wird die Regierung die Vorlage bezüglich der Revision der Verfassung ausarbeiten, welche die erste und wichtigste Aufgabe der im Januar wieder zusammentretenden Kammern sein wird. Nach dem günstigen Ausfall der Delegationen vom vorigen Sonntag hofft die Regierung nicht ohne Grund, daß ihre Reformvorschlüge auch im Senat williges Gehör finden werden. Was sie unter „Verfassungsrevision“ versteht, darüber kann der „Temps“ bereits einigen Aufschluß geben. Das Zweikammersystem soll unberührt bleiben, der Senat aufrecht erhalten werden. Dagegen soll das Wahlrecht für diesen, wie für die Deputirtenkammer reformirt werden; auch sind die Befugnisse der beiden Kammern und der Regierung in Finanzsachen schärfer gegeneinander abzugrenzen. Eine nähere Erläuterung dieser Andeutungen finden wir heute in einem Artikel der „Republique française“, der den Feldzug für die Verfassungsrevision energisch wieder aufnimmt. Danach besteht die Reform des Wahlrechts für die Deputirtenkammer in der Einführung des vielberufenen Listenrecrutiments oder der Wahlen nach Departements, statt der bisherigen Arrondissementwahlen — eine centralisirende Maßregel, deren reformatorischer Werth bekanntlich sehr zweifelhaft ist. In Betreff des Senats geht die Reform darauf hinaus, daß das Wahlrecht erweitert und auf die Gemeinden in gerechterem, ihrer Größe besser entsprechendem Verhältnis vertheilt werden soll. Die Grundzüge der Reform sollen, vom Congress berathen und beschlossen, der Verfassung einverleibt werden, während die Details der besonderen gesetzlichen Erledigung in beiden Kammern vorbehalten bleiben.

Wie der „Standard“ erzählt, sind die englischen Kriegsschiffe aus den tunesischen Gewässern zurückberufen worden, weil sie zum Schutz der englischen Interessen dort nicht länger erforderlich seien. — In Irland dürfte es demnächst trotz des Entgegenkommens der Regierung wieder zu blutigen Excessen kommen. In der Gesellschaft Limerick ist ein Massenstreik gegen die Bezahlung der Pächtergebel organisiert, es stehen in Folge dessen gegen dreihundert Emissionen von Pächtern bevor.

## Deutschland.

— (Se. Maj. der Kaiser) hat nunmehr seine täglichen Spazierfahrten im offenen Wagen wieder angenommen und sind ihm dieselben sehr gut bekommen. Am Mittwoch Abend wohnte

Se. Maj. der Vorstellung im Opernhause bis zum Schluß bei.

— (Se. königl. Hoheit der Kronprinz) kehrte am Mittwoch mit den königl. Prinzen Karl und Friedrich Karl, seinen beiden Söhnen Wilhelm und Heinrich und dem Prinzen August von Württemberg von den Hofjagden in der Leßlinger Heide wieder nach Berlin zurück.

— (Die Kaiserin) ist am Donnerstag Abend von Koblenz wieder in Berlin eingetroffen.

— (Dem Bundesrath) ist im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers vom Reichskanzler der bereits mehrfach angekündigte Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhebung einer Berufsstatistik, so wie die Vornahme einer Viehzählung im Jahre 1882 vorgelegt worden.

— (Der chinesische Gesandte in Berlin) Li-Fong-Pao, hat sich am Freitag in Begleitung des Militär-Attachés Oberst Tscheng-Ki-tong nach Rom begeben, um dem König Humbert sein Beglaubigungsschreiben als ordentlicher Gesandter beim Quirinal zu überreichen. Li-Fong-Pao ist somit an vier europäischen Höfen beglaubigt, und zwar bei dem Kaiser von Deutschland, dem Kaiser von Oesterreich, dem König von Holland und dem König von Italien.

— (Die „Germania“) giebt — natürlich ohne Präjudiz — ihrer Befriedigung über die jüngsten Auslassungen des Reichskanzlers zur Frage des Kulturkampfes Ausdruck. Namentlich konstatirt sie mit Genugthuung, daß er im Gegentheil zu dem § 1 des Gesetzes über die kirchliche Disciplinargewalt und dem Antikatholizengesetze die Institutionen der katholischen Kirche in Deutschland „mit warmem und päpstlichen Spize, die zu ihr gehört“, für eine einheimische Institution erklärt. — Mit diesem Sage sei der alte verderbliche Schlagtruf: „Gegen Rom!“ unverträglich, und wenn der Reichskanzler die Konsequenzen seines Ausspruchs ziehe, so werde er anerkennen, daß es sich in der That um die Wiederherstellung der freien Religionsübung für einen Theil der Staatsbürger handle. Bezüglich der Aeußerungen des Kanzlers über die Civilehe sagt das ultramontane Blatt, die Katholiken würden gern bereit sein, diese besonders die evangelische Kirche drückende Last heben zu helfen. Dann fügt die „Germania“ hinzu: „Wenn der Kanzler jetzt diesen Kulturkampfapparat nicht mehr nötig zu haben glaubt, so möchten wir gern darin ein Zeichen der Hoffnung sehen, daß die Wiederbesetzung der katholischen Seelsorgerstellen bevorsteht, denn das ist die unerlässliche Vorbereitung zu einer Umgestaltung der staatlichen Bedingungen der Eheschließung.“

— (Ueber den Nachfolger des Grafen St. Vallier) Baron Chauvrou de Courcel, macht die „Köln. Zig.“ einige interessante Mittheilungen: Die deutsche Universität, welche Herr v. Courcel besuchte, war Bonn. Er studirte dort um die Mitte der fünfziger Jahre und war in der juristischen Facultät eingeschrieben. Neben eisernem Fleiß und außergewöhnlicher Strebamkeit zeichnete er sich durch große Liebenswürdigkeit und durch die angenehmsten Umgangsformen aus. Er zeigte sich des Deutschen in Sprache und Schrift durchaus mächtig, sprach damals grundföhllich nur deutsch, verkehrte fast nur mit Deutschen und fenn



unserer deutschen Verhältnisse ganz genau. Nach mehrjährigem Aufenthalt zu Bonn und nachdem er zum Doctor der Rechte promovirt worden, lehrte er nach Frankreich zurück, um sich der diplomatischen Laufbahn zu widmen.

(Das Nachwahleresultat) im Wahlkreis Sagan-Sprottau ist zu Gunsten Dr. Karl Braun's (liberal) ausgefallen.

### Parlamentarische Nachrichten.

**Reichstag.** Mittwochssitzung. Die Betrachtung und Discussion unserer inneren Lage, zu welcher die Staatsdebatten den üblichen Anlaß bieten, wurde heute mit frischen Kräften fortgesetzt und spitzte sich (aus Anlaß des Etats des auswärtigen Amtes) zu einer interessanten Debatte über den Culturkampf zu. Der Kanzler wie sein Vertreter im auswärtigen Amte Graf Hagfeldt, wohnte von Anfang an der Sitzung bei. Herr Birchow war es, der das Thema durch eine Anfrage an den Kanzler über den Stand der Verhandlungen mit der Curie zuerst berührte und sich über die hier und da ausgeprägten Gerüchte, unsere Stellung zu Rom betreffend, Aufklärung ausbat. Der Reichskanzler erhob sich sofort zu der Erwiderung, daß Verhandlungen zwischen dem deutschen Reich und dem römischen Stuhle überhaupt nicht stattfinden. Die Beziehungen Preussens und anderer deutscher Staaten zur Curie hier zu behandeln, sei seiner Ansicht nach dem Reichsinteresse nicht nützlich. Im preussischen Landtage werde er bereit sein, zu antworten. Man werde in das preussische Budget einen Posten zur Wiederherstellung directer diplomatischer Beziehungen zu Rom einfügen, da jetzt wieder die freundlichsten Beziehungen zu dem Inhaber des römischen Stuhles bestehen. Es werde dies aber nicht eine Vertretung bei einer auswärtigen Macht, sondern bei dem geistlichen Oberhaupt der Katholiken sein. Daher sei das Vorgehen der Einzelstaaten hier zunächst angeeignet, die Gesamtvertretung derselben durch das Reich aber nicht ausgeschlossen. Die kirchenpolitischen traditionellen Streitfragen würden sich zwar vollkommen nicht lösen lassen, aber einem modus vivendi sei näher zu kommen.

Der Abg. Windthorst äußerte darauf, es sei doch am naturgemäßen, daß man den Eifer da wieder aufnehme, wo man ihn abgeschnitten habe, d. h. eine diplomatische Vertretung des Reiches erneuere, er werde jedoch nicht durch Anträge seinerseits den Gang der Entwicklung erschweren, sondern die Initiative der Regierung abwarten. Darauf wandte sich der Redner mit voller Leidenschaft gegen die Liberalen und speziell die Professoren der Fortschrittspartei, welche Intoleranz gegen die Katholiken predigten. Seine Genossen wünschten weiter nichts als Gewissensfreiheit für die deutschen Katholiken, d. h. deren altes Recht, damit das deutsche Reich fester gegründet werde als es heute stehe.

Birchow replirte, alles das heiße weiter nichts, als Fragen der Religion in Fragen der Politik ver wandeln. Die Verantwortlichkeit für die Form, die der Culturkampf angenommen, weist Redner zurück. Er habe den Gesetzen zugestimmt, weil er geglaubt habe, der Kanzler werde consequenter vorgehen, als er es gethan habe, und die Schule von der kirchlichen Bevormundung befreien. Die Perspektive auf eine Gesandtschaft bei der Curie behage ihm nicht, doch werde darüber im preussischen Landtage zu reden sein.

Fürst Bismarck verwahrte sich darauf gegen den auch heute wiederholten Vorwurf der Inconsequenz. Er habe den dauernden Kampf nie für eine nützliche Institution gehalten, sondern sich stets nach der Möglichkeit des Friedens umgesehen. Zum jetzigen Waffenstillstand sei er überdies gezwungen worden, weil ihn die früheren Bundesgenossen verlassen hätten oder ihre fernere Unterstützung an Bedingungen knüpften, die er ablehnen müsse. Aus staatsmännischen Gründen habe er sich dafür entschieden, lieber mit dem Centrum zu gehen als mit der Fortschrittspartei. Das erstere könne unbedeutsamer werden und sei es geworden, aber es könne nie so gefährlich werden wie die Fortschrittspartei. Er müsse sich, am Struener der Staats stehend,

nach den praktischen Umständen richten und könne nicht wie ein theoretischer Narr immer consequent dieselbe Richtung inne halten.

Abg. Hänel konstatierte, daß seine Partei selbstverständlich nicht in die actuellen Verhandlungen eingreifen wolle, ihnen komme es dabei nur auf die Bürgschaft der Dauer des anzustrebenden Friedens an. Daß der Kanzler seit Jahren das Centrum der Fortschrittspartei vortziehe, darüber herrsche nirgends Zweifel. Fürst Bismarck erhob sich darauf, um zu konstatiren, daß er die Fortschrittspartei nie als Bundesgenossin gesucht habe. Dagegen habe ihm das Centrum aus rein sachlichen Gründen (!) seine wichtige Unterstützung bei der Zollfrage gewährt, während die Liberalen hierbei Unmögliches gefordert hätten.

In maßlosen postlernden Angriffen gegen die Liberalen — so daß der Präsident sich zu einem Ordnungsruf genöthigt sah — überbot hierauf Herr v. Kleist-Regow natürlich ohne irgend wie die Debatte zu fördern, alle seine bisherigen Leistungen. Das Civilstandsgesetz sei dem Kanzler aufgegeben worden etc. Dem gegenüber eröffnete der Reichskanzler dem Hause, daß ihm dies Gesetz nicht durch eine Fraction, sondern durch damalige Kollegen im Ministerium aufgegeben worden sei. Das Uebel eines Ministerwechsels zu seiner Zeit sei ihm als das größere erschienen und so habe er seine Zustimmung zum Civilstandsgesetz gegeben.

Birchow hielt den kirchlichen Zeloten von der konservativen und der ultramontanen Partei entgegen, daß nicht der Naturalismus der ethische Standpunkt der Liberalen sei, sondern der Humanismus, auf dessen Grunde allein die freie und tolerante Religion bestehen könne. Man weiß, daß Birchow von der materialistischen Schule viel verteidigt worden ist, weil er mit vollster Schärfe der naturwissenschaftlichen Forschung ihre unüberschreitbare Grenze an der Schwelle des bewußten Geistes wies, und auf diesem Grund stehend, wies er heute wiederum die Religion in ihre naturgemäßen Schranken zurück. Den Antheil des Christenthums an der modernen Cultur beschränkte er auf sein wirkliches Maß, indem er zeigte, wie die Cultur des 19. Jahrhunderts sich aus römisch-hellenischen Elementen nicht minder als aus mosaisch-christlichen zusammensetze.

Am Schlusse der ganzen Discussion erhob sich nun der Führer der Konservativen, um, gleichsam als Sprecher der Rechten und unter der schweigenden Zustimmung des Reichskanzlers, dem sie dient, als das Ergebnis der Verhandlungen die Anbahnung des vollen und grundsätzlichen Bündnisses mit dem Centrum zu proclamiren. Es habe sich in der Debatte gezeigt, daß die Bahnen, welche die Parteien rechts vorbereiten, sich nicht mehr lösen lassen, daß die „natürliche“ Verbindung zwischen dem Centrum und den Konservativen immer fester werde, daß beide Parteien sich „auf dem gleichen Weg nach verwandten Zielen begegnen.“

Der weitere Verlauf der Beratungen blieb ein streng sachlicher. Eine längere Debatte entspinnt sich nur noch bei dem Kapitel „Gesandtschaften und Consulats“, wozu letzteren von mehreren Seiten eine halbige zweckmäßige Vermehrung gewünscht wird. Hiermit erklärt sich der Reichskanzler einverstanden und stellt schon für die nächste Session eine dahingehende Vorlage in Aussicht.

Nach Annahme dieses und noch einiger weniger bedeutender Kapitel ist der Etat des Auswärtigen Amtes erledigt und schließt um 4 Uhr die Sitzung, Morgen Fortsetzung der Statberathung.

Donnerstagsitzung. Im Reichstage entspann sich heute beim Etat des Reichsamts des Innern eine ziemlich ziellose Debatte über das gleichzeitige Tagen der Landtage, speziell des bayrischen mit dem Reichstage, eine kaum zielvollere über die Fabrikenspectoren, und bei dem Etat des Germanischen Museums ging die Discussion durch eine nicht nachzurechnende Gedankenreihe auf die Thätigkeit des Herrn Reuleaux als Ausstellungscommissar über. Um 1 1/2 Uhr begann endlich die längst erwartete Discussion über den Volkswirtschaftsrath; genau um dieselbe Zeit trat der Reichskanzler ein, der wohl

schon gestern und vorgestern zu demselben Zwecke sich im Sitzungssaale aufgehalten hatte. Der Reichskanzler fügte seinem Vortrage die am schärfsten zugeschliffenen Spitzen ein, um das Haus dieser Vorlage geneigt zu machen; er warf demselben vor, der Regierung die Mittel zu ihrer Verlesung vorzuenthalten, eine Berachtung des Urtheils des Volkes an den Tag zu legen, wenn es sein ablehnendes Wortum aus der vorigen Session wiederhole. Abg. Dr. Damberger legte ausführlich dar, daß der Reichstag niemals mit den Mitteln kargen werde, welche die Regierung brauche, um sich Verlesung zu schaffen, daß er aber die vorgeschlagene Form der Expertise für unangemessen halte. Für eine solche Form, durch welche unparteiische Wahrheit an den Tag gefördert wird, werde der Reichstag stets die Mittel bewilligen. Trotz nochmaligen Eintretens des Kanzlers für die Vorlage lebte das Haus dieselbe schließlich mit 169 gegen 83 Stimmen ab. Nach Bewilligung einiger anderer Positionen vertagte sich das Haus auf Freitag 12 Uhr.

### Provinz und Umgegend.

† Der orthodoxe „Evangelisch-Kirchliche Anzeiger“ schreibt: „Von der sächsischen Provinzial-synode wird uns mitgetheilt, daß sich dort eine Veröhnung zwischen der Mittelpartei und der positiven Union angebahnt habe, indem eine persönliche Annäherung der Führer stattgefunden hat und es zur gegenseitigen Aussprache gekommen ist. Hoffen wir, daß dieser Vorgang auch für die übrigen Provinzen maßgebend werde und die Bildung einer großen positiven Partei, welche das Kirchenregiment fügen kann, endlich ermöglicht werde. Die Gefahren sind wahrlich groß genug, die unserer evangelischen Kirche aus der staatlichen Annäherung an Rom und aus der sozialdemokratischen Bewegung drohen. Die evangelische Kirche muß alle ihre positiven Kräfte zur gemeinsamen Abwehr des Aberglaubens und Unglaubens, aber auch zur gemeinsamen Wirksamkeit nach innen und außen zusammenhalten und darf dieselben nicht ferner im gegenseitigen Zwist persplittern.“

† Die „Hallische Ztg.“ veröffentlicht auf mehrfache geäußerten Wunsch ein Belleid schreiben, welches Fürst Bismarck auf die ihm überlieferte Anzeige von dem Tode des Herrn Dr. Gustav Schwetsche (des Sängers der Bismarckia, Varzinias etc.) an den ältesten der drei Söhne des Verstorbenen richtete: „Varzin, 12. October 1881. Ew. Wohlgeboren bitte ich, für Sie und die übrigen Leidtragenden den Ausdruck meiner herzlichsten Theilnahme an dem Verlust entgegenzunehmen, welchen Sie durch den Tod Ihres Herrn Vaters erlitten haben. Seine patriotische Bestimmung und seine reiche Begabung haben mir manche Freude gewährt und sein Andenken wird mir unvergänglich sein.“

† Der siebenjährige Sohn eines Einwohners in Babstorf hatte vor einem Jahre eine lange sählere Nadel mit gläsernem, buntem Knopf verschluckt. Die Kunst mehrerer Aerzte vermochte die Nadel nicht zu entfernen. Nachdem das Kind einige Zeit gekrankt hatte, ließ es umher und besuchte auch die Schule wieder regelmäßig. Schmerzen auf der linken Seite und zuweilen etwas Blutbrechen schien darauf zu deuten, daß die Nadel sich einen Durchgang nach links bahnte. Am 24. d. M. bekam der Kleine wiederum starkes Erbrechen von Blut und Eiter, fuhr sich mit seinen Fingern in den Mund und brachte die Nadel zur großen Freude seiner stets gesüßigten Eltern wieder zum Vorschein.

† Am Mittwoch Mittag gegen 12 Uhr hat sich in einem Gasthose zu Magdeburg ein von Berlin gekommenes Liebespaar erschossen. Der Grund zu dem Selbstmorde ist darin zu finden, daß der Vater des jungen Mannes das Liebesverhältnis nicht gebilligt und seinen Sohn bedröht hat, sich von ihm zurückzuziehen, wenn er von dem Mädchen nicht lasse.

† Das Rittergut Gr.-Lübars ist am 26. v. M. fast gänzlich niedergebrannt. Zahlreiches Vieh kam hierbei in den Flammen um.



# Großer Weihnachts-Ausverkauf!

Um meinen geehrten Kunden Gelegenheit zu vortheilhaften Einkäufen zu geben, habe einen großen Posten guter Kleiderstoffe zurückgesetzt.

Der Ausverkauf beginnt am 1. Dezember und bietet von 50 Pf. per Meter ab eine reichhaltige Auswahl vorzüglicher Kleiderstoffe zu ungewöhnlich billigen Preisen.

## J. Schönlicht, Merseburg.

Preise fest ohne jeden Abzug!

Preise fest ohne jeden Abzug!

Mit dem heutigen Tage beginnt mein  
**Weihnachts-Ausverkauf**  
und bietet auch dieses Jahr wieder günstige  
Gelegenheit zu vortheilhaften Einkäufen.

**Otto Franke,**  
vorm. **Moritz Seidel,**  
Burgstr. 8.

# Ausverkauf!

Zu billigen Weihnachtsgeschenken empfehle dem geehrten Publikum die noch vorhandenen Vorräthe meines

**Pelzwaaren-, Hut-, Mützen- & Filzwaaren-Lagers**

um bis zum Feste gänzlich damit zu räumen zu und unter dem Selbstkostenpreise.

Barret- und Capottenbesätze zu jedem nur annehmbaren Preise.

**Markt 16. Fr. Schimpf. Markt 16.**

**Große Auswahl**  
**in Schaukel-, Fahr- u. Stecken-**  
**pferden bei**  
**G. Körner.**



und **Fahrpferde**, dauerhaft gearbeitet, verkauft

**Gustav Friedrich,**

Sattlerstr., große Sixtstraße 12.  
Auch alte werden reparirt und aufgezupft.

**Bithher-Saiten**

find zu haben bei  
**Otto Schulze, Buchbindermstr.**

Gesammtst. freie kirchl. Vereinigung.

**Tagesordnung**

für die Dienstag den 6. d. M. in der  
**Kaiser Wilhelms-Halle**

hier selbst stattfindende erste Winterversammlung:

- 1) Jahresbericht;
- 2) Rechnungslegung;
- 3) Ueber den deutschen Verein zur Erforschung Waldfäuna's;
- 4) Ueber die Fernen-Kolonien.

Merseburg, den 1. Dezember 1881.

Der Vorstand.

**Krankenkasse „Augusta“.**

Sonntag den 4. d. M., nachmittags 4 Uhr, Monatsconferenz in Mehlers Restauration.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Restirende Beiträge müssen beaufs. Begleichung der Bücher und Ausstellung des Jahresabschlusses spätestens bis zum 20. d. M. abgeführt werden. Bis dahin sind auch sämtliche Mitgliederbücher dem Cassirer der Kasse, Herrn Schuhmachermeister Arnold, einzuliefern.

Der Vorstand.

**Feuerwehr-Übung**

Montag den 5. d. M., abends 8 Uhr.

Versammlungsort: Geräthehaus.

Der Feuerlöschdirector.

**Tivoli.**

Sonntag den 4. Dezember Extra-Concert (Streichmusik). Anfang abends 7 1/2 Uhr.

C. Schick, Königl. Musik-Dirigent.

- Zur Aufführung kommt unter anderen Piecen:
- 1) Ungarische Lustspiel-Ouverture von Keler Bela.
  - 2) Duett, Solo für 2 Violons von Ueblich.
  - 3) Potpourri aus der Operette „Das Spigentuch der Königin“ von Joh. Strauß.
  - 4) Paraphras über das Volkslied „Nutterseelenallein“ von Schiller.
  - 5) Rosen aus dem Süden, Walzer von Strauß.
  - 6) Der kreuzfidele Kupferhämmer, March von Peter.

**Kaiser Wilhelmshalle.**

Sonntag den 4. Dezember  
**Concert à la Strauss,**

gegeben von der Stadtkapelle. Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 25 Pf. Krumbholz, Stadtmusikdirector.

**Tiemann's Restauration.**

Montag Schlachtfest,  
früh 9 Uhr Wellfleisch.

**Restaurant zur grünen Eiche.**

Heute Sonabend Schlachtfest, früh 9 Uhr Wellfleisch, abends Brat- und frische Wurst. Dazu lobet ergehenst ein  
W. Schott.

**Heute Schlachtfest!**

Ein Schweinchen, jung und wohlgenährt für meine Gäste muß erblaffen,  
Wer mich mit seinem Beluche beehrt,  
Wird vor abends mich nicht verlassen.  
Denn, um 9 Uhr giebt's Wellfleisch,  
Am Abend drei Sorten Wurst,  
Auch Berger'sches Bier, das löset den Durst,  
Drum wer sich will haben, erfülle diese Bitt',  
Und komme zum Schlachtfest bei  
**F. A. Schmidt.**

**Schützenhaus.**

Sonabend den 3. Dezember Schlachtfest, abends Brat- und frische Wurst.  
C. Becker.

**Feldschlößchen.**

Zu dem am Sonntag den 4. d. M. stattfindenden Tanzkränzchen lade nur hierdurch ergebenst ein.  
Anfang nachmittags 4 Uhr.  
C. Reinhard.



# Geschwister Bartels, Merseburg, Markt 22.

Intestoffe zu Teppichen, Vorlagen und Läufern,  $10\frac{1}{4}$ ,  $8\frac{1}{4}$ ,  $4\frac{1}{4}$  breit, grau-leinen und schwarz.

Zephyrstoffe zu Kissen, Sesseln, Fußkissen, Decken, Stuhlborden, Schlummerrollen in hell, dunkel, bordeaux, oliv, schwarz und braun sind wieder am Lager.

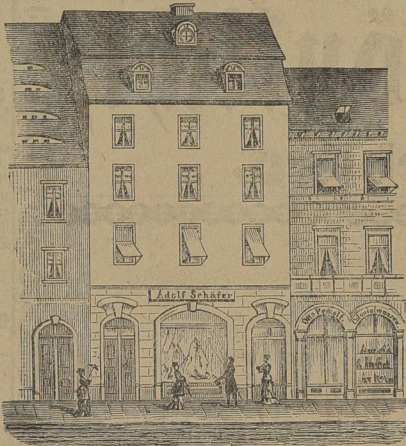
**Großes Lager**  
aller Sorten

Leinwand, Baumwollwaaren,  
Bwillich, Jaquard, Damast-  
Tischzeugen u. Handtüchern,  
weißen und bunten Gardinen.

Reiche Auswahl in  
Fute, und Manillasstoffen,  
Woll- und Halbwoollene Damaste,  
**Ripse,**  
für Möbel und Portieren.  
**Bettdecken, Tischdecken.**  
Steyr-, Schlaf- und Reisdecken.  
*Alls Sorten*  
**Bettmöbel, Damenköper.**  
Federleinen, Bettzeuge.  
Wäsche-Confection.  
**Oberhemden**  
mit verschiedenen Verschlüssen.  
Kragen und Manschetten.  
*Schlipse.*  
Knüp- & Manteltüchern.  
**Cachenez.**  
Seidene Thälchen u. Cravatten.

## Adolf Schäfer

Markt 7. Merseburg Markt 7.



**Großes Lager**  
in deutschen und ausländischen  
Kleiderstoffen und Nouveautés.  
*Reinwoollene*  
**Cachemirs u. Merinos.**  
Besatzstoffen,  
in Plüsch, seiden und  
baumwollenen Sammet.  
Ganz und halbwoollenen  
**Lamas und Schwan-Boys.**  
**Buckskins.**  
halbwoollenen Hosenstoffen.  
Mairées und Jupongenge.  
Reichhaltige Sortimente in  
Châles, Kopt, und  
**Tailen-Tüchern.**  
Flanellhemden.  
Santjaken, Unterbeinkleider.  
**Unterrocke,**  
Schürzen  
in Moiré, Lâstre, Seide,  
leinenen und baumwollenen Stoffen.  
Damen-Paletots und Jacken.

Neu aufgenommenener Artikel:

## Damen-Mäntel.

### Billard. Café, Restaurant und Ausschank Billard.

der **Nürnberger Actien-Brauerei**

von **Bernh. Aug. Sergel, Gottshardsstr. 22,**

empfeilt  
feine auf das Feinste eingerichteten Lokalitäten einem geehrten Publikum zur fleißigen Benutzung.

#### Sonntags

halte ich mein oberes Gastzimmer den geehrten Damen bestens empfohlen und werde ich da mit Kaffee, Chocolate und Conditoreiwaaren aufs beste aufwarten.

#### Täglich

warme und kalte Speisen und Delicatessen in großer Auswahl. Das so beliebte Nürnberger Schankbier ist wie immer von vorzügl. Güte. Auf Vorherbestellung wird das obere Zimmer in der Woche zur Verfügung gestellt.

Auswahl der gefestigten und Beisitzern.

Auswahl der gefestigten und Beisitzern.

## Das Polstermöbel-Lager von G. Apitzsch,

Nr. 7. Markt Nr. 7.

bringt seine vorzügliche Auswahl elegant gearbeiteter Möbel hiermit in Erinnerung mit dem ergebenen Bemerkten, daß für den Weihnachtsbedarf eine große Anzahl besonders empfehlenswerther Gegenstände eingetroffen ist.

Hierzu eine Beilage.

Sonntag den 4. d. M., von nachmittags 4 Uhr ab

Tanzvergnügen im Ködel'schen Lokale zu Meuschan, wozu hierdurch freundlichst eingeladen wird.

**Bur Tanzmusik in Meuschan**

Sonntag den 4. d. M. ladet freundlichst ein **R. Pohl.**

**Restauration z. Tiefen Keller.**

Heute Sonntagabend Abend von 6 1/2 Uhr ab Salzknochen mit Meerrettig, wozu freundlichst einladet **Fr. Stollberg.**

**Funkenburg.**

Sonntag den 4. d. M. Flügelstänzen. **D. Brandin.**

**Hospitalgarten.**

Sonntag den 4. Dezbr. von 7 Uhr ab Tanzmusik und frische Paanentuschen, wozu freundlichst einladet **A. Preuss.**

**Nebenverdienst**

sucht ein junger Kaufmann mit guter Handschrift in schriftlichen Arbeiten.

Offerten in der Exped. d. Bl. niederzulegen. Ich gratulire meine Zwillingstochter zu ihrem 41. Geburtstage und hoffe, daß die kindliche Liebe im Schwabenalter, eingebend des vierten Gebots, sich bei denselben endlich aufrichtig bemerklich machen möge. Ein ohne Veranlassung zurückgesetzter Vater.



# Merseburger Correspondent.

Erscheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 Uhr.  
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:  
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark  
20 Pfg. durch den Herunterträger. — 1 Mark  
25 Pfg. durch die Post.

Nr. 199.

Sonnabend den 3. Dezember.

1881.

Für den Monat Dezember werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 22 resp. 40 Pf. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen genommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

## Politische Uebersicht.

Da Fürst Bismarck eingesehen, daß er außer den Konserativen keine Vertheidiger seiner gegen Politik findet, und daß diese zu wirksamer Vertheidigung unfähig sind, so sieht er sich genöthigt, Tag für Tag persönlich im Reichstag in den Kampf zu treten. Viel Neues ist dabei bisher nicht herausgekommen; der Inhalt der Reden war meist schon aus den Nachtsitzgesprächen bekannt. Am Mittwoch hat der Reichskanzler den Liberalen den Krieg noch deutlicher als jemals vorher erklärt und seinen Entschluß kundgegeben, lieber als mit ihnen mit dem Centrum gehen zu wollen; denn dieses sei nur un bequem, der „Fortschritt“ aber „gefährlich.“ Wenn Fürst Bismarck vom Fortschritt spricht, so meint er damit immer sämmtliche Liberalen. Die reactionäre Gefahr ist damit noch drohender geworden, und sämmtliche Liberale haben noch mehr als bisher die Pflicht, zur gemeinsamen Vertheidigung zusammenzutreten.

Das Erste, was Fürst Bismarck offen will, ist eine der größten Errungenschaften der Gesetzgebung der Siebziger Jahre: das Civilstandsgesetz. Er erklärt jetzt, daß er durch seine Kollegen im Ministerium, die ihm mit ihrem Rücktritt gedroht hätten, zu der Zustimmung zu jenem Gesetze gezwungen worden sei. Seine damaligen Kollegen im Ministerium wissen sich, wie wir hören, einer solchen Drohung nicht zu entziehen. Am 17. Dezember 1873 hat sich Fürst Bismarck im Abgeordnetenhaus wesentlich anders ausgesprochen, als jetzt. Er sagte damals, „daß der Staat ein Bedürfnis der Nothwehr an diesem Gesetze hat,“ daß „der Staat durch die Nothwendigkeit dazu gezwungen ist, dieses Gesetz zu erlassen,“ daß er (Fürst Bismarck) daher, wenn auch nicht gern, in Gemeinschaft mit seinen Kollegen bei dem Könige den Antrag auf Vollziehung dieser Vorlage gestellt habe und auch entschlossen sei, „dafür einzutreten.“ . . . Die Zeiten ändern sich, und noch mehr die Ansichten des Fürsten Bismarck.

Die Betrachtungen, welche die österreichischen Blätter an die rumänische Thronerbenkämpfe, tragen einen bitteren, stellenweise leidenschaftlich erregten Charakter. Mit Inbignation fragt man, ob sich das kleine Rumänien die nämliche Sprache, die es gegen das große Oesterreich führt, etwa Rußland gegenüber erlauben würde. Größeres Gewicht als auf die nicht sehr gewählte Form wird selbstverständlich auf den materiellen Inhalt der Thronrede, oder richtiger der die Donaufrage behandelnden Stellen gelegt. In der Erklärung, die volle Freiheit der Donau sei eine wesentliche Bedingung der Entwicklung Rumäniens, in der Zurückweisung jedes überwiegenden Einflusses und jeder präponderirenden Action wird nichts weniger als eine vollständige Abtönung an die Adresse der österreichischen Regierung ertheilt. Was unter so bewandten Umständen zu thun sei, darüber sind die Blätter vorerst nicht

einig; abwarten, meinen die Einen, was nach der voraussichtlichen Resultatslosigkeit der bevorstehenden Verhandlungen der Donau-Commission Rumänien den österreichischen Vorschlägen entgegenzuhalten habe, während die Anderen die Nothwendigkeit eines kräftigeren Vorgehens andeuten. In welcher Weise dasselbe aber, bei dem unangreifbaren Rechtsstandpunkt Rumäniens, bewirkt werden soll, weiß Niemand anzugeben. Nach alle Dem scheint die Befürchtung, daß die Frage der Donau-Ueberschwemmung wie so manche andere Frage des Orients in einen Zustand der „Versumpfung“ gerathen werde, nur zu begründet.

Die französischen Kammern sollen nach der Genehmigung des Nachtragscredits für die tunesische Expedition verlagert werden. Während der Kammerferien wird die Regierung die Vorlage der Revision der Verfassung ausarbeiten, welche die erste und wichtigste Aufgabe der im Januar wieder zusammentretenden Kammern sein wird. Nach dem günstigen Ausfall der Delegationen vom vorigen Sonntag hofft die Regierung nicht ohne Grund, daß ihre Reformvorschlüge auch im Senat williges Gehör finden werden. Was sie unter „Verfassungsrevision“ versteht, darüber kann der „Tempo“ bereits einigen Aufschluß geben. Das Zweikammersystem soll unberührt bleiben, der Senat aufrecht erhalten werden. Dagegen soll das Wahlrecht für diesen, wie für die Deputirtenkammer reformirt werden; auch sind die Befugnisse der beiden Kammern und der Regierung in Finanzfragen schärfer gegeneinander abzugrenzen. Eine



## Deutschland.

— (Se. Maj. der Kaiser) hat nunmehr seine täglichen Spazierfahrten im offenen Wagen wieder aufgenommen und sind ihm dieselben sehr gut bekommen. Am Mittwoch Abend wohnte

Se. Maj. der Vorstellung im Opernhause bis zum Schluß bei.

— (Se. königl. Hoheit der Kronprinz) kehrte am Mittwoch mit den königl. Prinzen Karl und Friedrich Karl, seinen beiden Söhnen Wilhelm und Heinrich und dem Prinzen August von Würtemberg von den Hofjagden in der Festlager Heide wieder nach Berlin zurück.

— (Die Kaiserin) ist am Donnerstag Abend von Koblenz wieder in Berlin eingetroffen.

— (Dem Bundesrath) ist im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers vom Reichskanzler der bereits mehrfach angekündigte Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhebung einer Berufsstatistik, so wie die Vornahme einer Viehzählung im Jahre 1882 vorgelegt worden.

— (Der chinesische Gesandte in Berlin), Li-Fong-Pao, hat sich am Freitag in Begleitung des Militär-Attaché Oberst Tscheng-Ki-tong nach Rom begeben, um dem König Humbert sein Beglaubigungsschreiben als ordentlicher Gesandter beim Quirinal zu überreichen. Li-Fong-Pao ist somit an vier europäischen Höfen beglaubigt, und zwar bei dem Kaiser von Deutschland, dem Kaiser von Oesterreich, dem König von Holland und dem König von Italien.

— (Die „Germania“) giebt — natürlich ohne Präjudiz — ihrer Vertheidigung über die jüngsten Auslassungen des Reichskanzlers zur Frage des Kulturkampfes Ausdruck. Namentlich konstatirt sie mit Genugthuung, daß er im Gegentag zu dem § 1 des Gesetzes über die kirchliche Disziplinargewalt und dem Antikatholikengesetze die Institutionen der katholischen Kirche in Deutschland „nützlich und der päpstlichen Spitze, die zu ihr gehört“, für eine einheimische Institution erklärt. — Mit diesem Sage sei der alte verderbliche Schladtruf: „Gegen Rom!“ unverträglich, und wenn der Reichskanzler die Konsequenzen seines Ausspruchs ziehe, so werde er anerkennen, daß es sich in der That um die Wiederherstellung der freien Religionsübung für einen Theil der Staatsbürger handle. Bezüglich der Aeußerungen des Kanzlers über die Civilehe sagt das ultramontane Blatt, die Katholiken würden gern bereit sein, diese besonders die evangelische Kirche drückende Last heben zu helfen. Dann fügt die „Germania“ hinzu: „Wenn der Kanzler jetzt diesen Kulturkampfapparat nicht mehr nöthig zu haben glaubt, so möchten wir gern darin ein Zeichen der Hoffnung sehen, daß die Wiederbesetzung der katholischen Seelsorgerstellen bevorsteht, denn das ist die unerläßliche Vorbereitung zu einer Umgestaltung der staatlichen Bedingungen der Eheschließung.“

— (Ueber den Nachfolger des Grafen St. Vallier), Baron Chauvron de Courcel, macht die „Köln. Zig.“ einige interessante Mittheilungen: Die deutsche Universität, welche Herr v. Courcel be suchte, war Bonn. Er studirte dort um die Mitte der fünfziger Jahre und war in der juristischen Facultät eingeschrieben. Neben eifernem Fleiß und außergewöhnlicher Strebamkeit zeichnete er sich durch große Liebenswürdigkeit und durch die angenehmsten Umgangsformen aus. Er zeigte sich des Deutschen in Sprache und Schrift durchaus mächtig, sprach damals grundfänglich nur deutsch, verkehrte fast nur mit Deutschen und lenkt